

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 13. November 2008

Antrags-Nr. 08-F-24-0009

**Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN + FDP vom 30.10.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung lehnt das von der Bundesregierung geplante „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ab, weil die geplanten Streichung des § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen die Integrationschancen vieler Langzeitarbeitssuchender nachhaltig schwächen und für einzelne Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu dramatischen Auswirkungen führen wird.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die erfolgreiche Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Wiesbaden auch weiterhin fortgesetzt werden kann.

Beschluss Nr. 0578

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP vom 30.10.2008 betr.

Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2008

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister